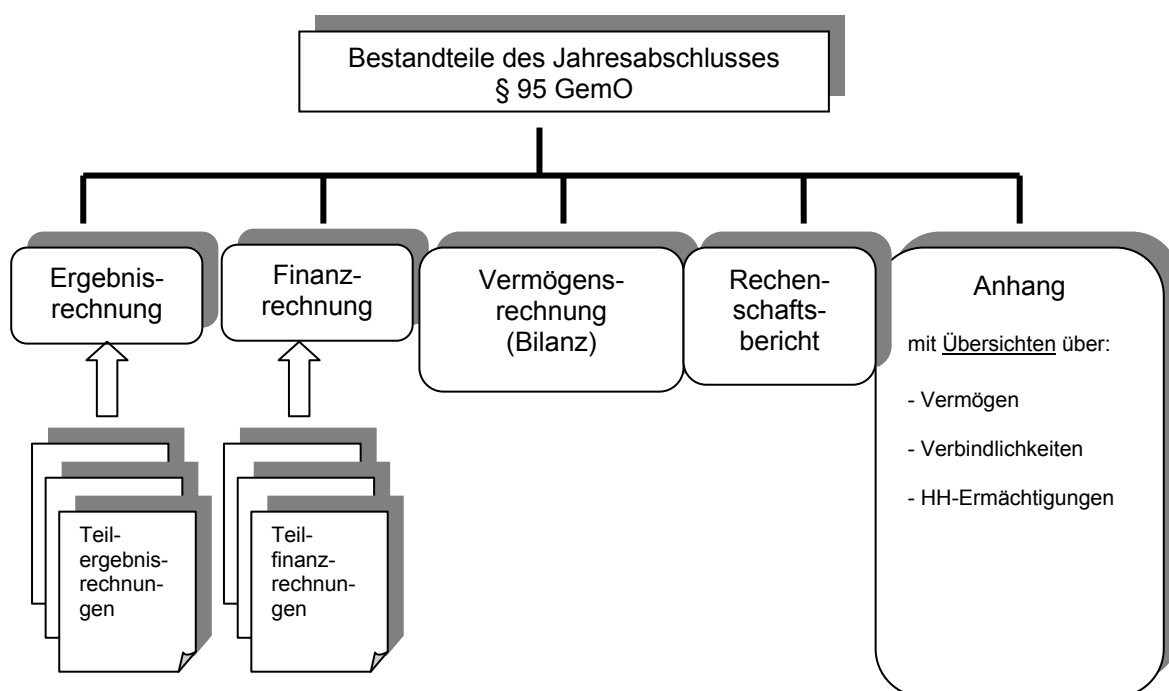


Teil 4 Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2009

1 Einleitung, Ziele und Strategien

Einleitung

Die Stadt Karlsruhe stellt nach § 95 GemO i. V. m. den §§ 47 ff. der GemHVO zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres nach den Grundsätzen der ordnungsmäßigen öffentlichen Buchführung einen Jahresabschluss auf, der sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthält und die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde darstellt. Seine Bestandteile sind die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung und die Vermögensrechnung (Bilanz) und der Anhang. Ebenso ist ein erläuternder Rechenschaftsbericht beizufügen.



Ziele und Strategien

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat den **"Karlsruher Masterplan 2015"** als einen Orientierungsrahmen, an dem alle Verantwortlichen ihre Entscheidungen und ihr Vorgehen zur zukünftigen Entwicklung Karlsruhes ausrichten, beschlossen.

Karlsruhe stellt sich damit den Herausforderungen des zukünftigen demographischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Unter Einbezug von Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und den verschiedensten Institutionen, Vereinen und Verbänden aller Lebens- und Arbeitsbereiche wurde in einem 17 Monate dauernden Prozess dieser Orientierungsrahmen entwickelt. In ihm werden mögliche Perspektiven aufgezeigt, wohin sich Karlsruhe in den nächsten Jahren - bis zu seinem 300. Stadtjubiläum im Jahr 2015, aber auch darüber hinaus - entwickeln kann.

Insgesamt wurden folgende zwölf städtische Handlungsfelder herausgearbeitet

1. Hochschulen/Wissenschaft/Forschung/Innovative Technologien - Karlsruhe 2015
Wir denken weiter.
2. Image und Stadtgeburtstag 2015 - Karlsruhe 2015. Wir zeigen, was in uns steckt.
3. Kultur - Karlsruhe 2015. Wir geben den Takt vor.
4. Miteinander - Karlsruhe 2015. Bei uns haben alle eine Chance.
5. Regionale/Überregionale Kooperation - Karlsruhe 2015. Wir überwinden Grenzen.
6. Sport, Freizeit und Gesundheit - Karlsruhe 2015. Wir haben Spaß am Leben.
7. Stadt am Rhein - Karlsruhe 2015. Bei uns sind alle Dinge am Fluss.
8. Stadtbild/Städtebau - Karlsruhe 2015. Bei uns wirkt ein gestaltender Geist.
9. Umwelt - Karlsruhe 2015. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Kinder.
10. Verkehr und Mobilität - Karlsruhe 2015. Bei uns führen viele Wege zum Ziel.
11. Wirtschaft und Arbeit - Karlsruhe 2015. Wir schaffen Perspektiven.
12. Zukunftssicherung Innenstadt - Karlsruhe 2015. Bei uns pulsiert das Leben.

Der 2. Sachstandsbericht Leitprojekte - Karlsruher Masterplan 2015 wurde am 16.03.2010 im Hauptausschuss der Stadt Karlsruhe beraten. Dabei wurde der Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen und darüber hinaus folgende Priorisierungen für die Stadt Karlsruhe insgesamt sowie im Hinblick auf die Bedeutung für das 300-jährige Stadtjubiläum im Jahr 2015 mit "sehr wichtig" beschlossen:

1. "Alter Schlachthof"
2. Bildung und Betreuung
3. Kombilösung
4. Landschaftspark Rhein - "PAMINA- Rheinpark"
5. Neugestaltung und Aufweitung der zentralen Fußgängerzone
6. Vorbereitung der besseren Integration von Schulabgängerinnen und Schulabgängern in den Arbeitsprozess
7. Aufwertung des Schlosses mit Schlossplatz und Schlossgarten
8. Konzept für die gezielte Integration von Migrantinnen und Migranten
9. TEN/Magistrale für Europa
10. Rheinaue erlebnispark
11. Schönster Zoologischer Stadtgarten Süddeutschlands
12. Nachhaltige Integration von Obdachlosen in den Wohnungsmarkt und in die Gesellschaft
13. Verkehrsverbindung über den Rhein

2 Jahresergebnis, Vermögens- und Kapitalstruktur, Kennzahlen

	IST 2009 Mio. Euro	PLAN 2009 Mio. Euro	Differenz Mio. Euro
Ordentliche Erträge	893,86	865,64	28,22
Ordentliche Aufwendungen	902,75	908,71	-5,96
Ordentliches Ergebnis	-8,89	-43,07	34,18
Außerordentliche Erträge	11,76	6,48	5,28
Außerordentliche Aufwendungen	14,00	0,00	14,00
Sonderergebnis	-2,24	6,48	-8,72
Jahresergebnis	-11,13	-36,59	25,46
	31.12.2009 Mio. Euro	31.12.2008 Mio. Euro	Differenz Mio. Euro
Vermögen	2.506,42	2.542,44	-36,02
Kapitalposition	1.666,35	1.665,78	0,57
Rückstellungen	628,74	626,61	2,13
Verbindlichkeiten	184,52	217,67	-33,15

Die Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2009 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -11,1 Mio Euro ab. Gegenüber dem für 2009 geplanten Fehlbetrag von -36,6 Mio Euro stellt das Jahresergebnis eine Verbesserung von 25,5 Mio Euro dar.

Das ordentliche Ergebnis ist mit -8,89 Mio Euro negativ, die ordentlichen Aufwendungen werden nicht vollständig durch die ordentlichen Erträge gedeckt.

Obwohl es gegenüber der Planung bei den Erträgen (+ 28,2 Mio Euro) und auch bei den Aufwendungen (-5,9 Mio Euro) Verbesserungen gab, konnte der Haushaltsausgleich nach § 24 GemHVO (neu) nicht auf der 1. Ausgleichsstufe erreicht werden.

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben steht die Gewerbesteuer im Vordergrund. Diese verschlechtert sich mit 228,9 Mio Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres von 243,6 Mio Euro um insgesamt -14,7 Mio Euro. Das Rechnungsergebnis 2009 schließt je doch erfreulicherweise um 18,9 Mio Euro über dem Planansatz von 210,0 Mio Euro. Dem gegenüber stehen die Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: -10,2 Mio Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres und -8,4 Mio Euro gegenüber dem Planansatz.

Die laufenden Zuwendungen, Zuweisungen und Umlagen haben sich um 16,2 Mio Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres verbessert, was nahezu dem Planansatz entspricht. Ausschlaggebend sind hierbei insbesondere die Schlüsselzuweisungen des Landes, die sich plangemäß um 16,6 Mio Euro erhöht haben. Die schwierig zu planende Grunderwerbsteuer hat sich gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres um 2,7 Mio Euro reduziert.

Die öffentlich-rechtlichen Entgelte (Benutzungs- und Verwaltungsgebühren) haben sich im Saldo mit +4,3 Mio Euro erhöht, ebenso die privatrechtlichen Leistungsentgelte im Saldo mit +3,9 Mio Euro.

Höhere Kostenerstattungen (+1,6 Mio Euro), höhere Zinserträge (+5,1 Mio Euro) sowie höhere sonstige ordentliche Erträge (+2,7 Mio Euro) haben ebenfalls zu einer verbesserten Ertragslage beigetragen. Verschlechterungen sind allerdings auch bei den Erträgen aus den zu aktivierenden Eigenleistungen (-1,44 Euro) eingetreten.

Das insgesamt bessere Ertragsaufkommen von 28,2 Mio Euro musste jedoch zur Abdeckung der sich gegenüber der Planung um 5,9 Mio Euro verbessernden Aufwandslage eingesetzt werden.

Ursächlich für den in Bezug auf die Planung verringerten Aufwand von 5,9 Mio Euro sind insbesondere die Personal- und Versorgungsaufwendungen von -2,1 Mio Euro bzw. -9,9 Mio Euro sowie die sonstigen ordentlichen Aufwendungen von -4,5 Mio Euro. Dem stehen Mehraufwendungen bei den tatsächlich eingebuchten Abschreibungen von 6,3 Mio Euro gegenüber. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+1,4 Mio Euro), für Zinsen (+0,4 Mio Euro) sowie die Transferaufwendungen (+2,31 Mio Euro) sind gemessen an dem Grad der Plangenaugigkeit planmäßig verlaufen.

Das außerordentliche Ergebnis (Sonderergebnis) ist mit -2,2 Mio Euro negativ, was einer Planabweichung von 8,7 Mio Euro entspricht. Dies ist im Wesentlichen durch unplanbare außerplanmäßige Abschreibungen bei den Umlegungsgebieten bedingt, da die Einwurfsgrundstücke mit ihren Buchwerten ausgebucht wurden. Hier stehen außerplanmäßige Erträge entgegen, die die Abschreibungen wertmäßig überkompensieren. Weitere außerplanmäßige Abschreibungen sind aufgrund von verschiedenen dauerhaften Wertminderungen erfolgt. Beim Verkauf von städtischen Grundstücken wurden außerordentliche Erträge über 2,9 Mio Euro erzielt.

Die wesentlichen städtischen Vermögenswerte sind im Sachvermögen und Finanzvermögen auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Sie bilden mit 2,506 Mrd. Euro 97,73% der Bilanzsumme. Das Sachvermögen hat sich um 31,56 Mio Euro erhöht, das Finanzvermögen um 67,82 Mio Euro vermindert. Die getätigten Investitionen/Zugänge überstiegen die planmäßigen bzw. außerplanmäßigen Abschreibungen deutlich. Die Verminderung beim Finanzvermögen ist im Wesentlichen durch den Rückgang der liquiden Mittel (-69,64 Mio Euro) erklärbar.

Die Kapitalposition der Stadt Karlsruhe, bestehend aus dem Basiskapital, den Rücklagen, dem Ergebnis und den Sonderposten, beträgt zum Bilanzstichtag fast unverändert 1,666 Mrd. Euro. Hieraus resultiert eine Kapitalquote von 64,97%. Im Vorjahr wurde aufgrund des Methodenwechsel beim Aufwuchs auf Grünanlagen und dauerhaften Nutzpflanzungen und der dadurch bedingten nachgeholtten Abschreibungen eine größere Veränderung des Basiskapitals vorgenommen. Im Jahresabschluss 2010 werden aufgrund der auslaufenden Ausnahme genehmigung einige Anpassungen an die nunmehr gesetzlichen Neuregelungen sowie aufgrund der Feststellungen der Prüfungsstellen erfolgen.

Die Sonderposten bestehen im Wesentlichen aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen und Investitionsbeiträgen zur Beschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, die den Abschreibungssätzen der dafür getätigten Investitionen entsprechend ertragswirksam aufgelöst werden. Diese sind gegenüber der Schlussbilanz 2008 um 5,6 Mio Euro gestiegen.

Die Rückstellungen haben sich in Summe um 2,13 Mio Euro erhöht. Diese beinhalten im Wesentlichen die zukünftigen Auszahlungsverpflichtungen für Pensionen und Beihilfen mit insgesamt 430,39 Mio Euro, was einem Zuwachs gegenüber der Schlussbilanz 2008 von 12,79 Mio Euro entspricht. Die Gebührenüberschussrückstellungen haben sich entsprechend der zugrunde liegenden Gebührenkalkulationen um 11,95 Mio Euro reduziert.

Die Verbindlichkeiten konnten um 33,15 Mio Euro reduziert werden. Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme konnten durch planmäßige Tilgung und Restabwicklung auslaufender Darlehensstände um 15,66 Mio Euro auf nunmehr 144,18 Mio Euro verringert werden. Des Weiteren haben sich die Sonstigen Verbindlichkeiten um 18,83 Mio Euro reduziert, was im Wesentlichen durch den Rückgang der Verbindlichkeiten aus dem Clearing-Verbund bedingt ist.

Kennzahlen zum Jahresabschluss 2009

Kennzahl	Kennzahl 2009	Kennzahl 2008	Kennzahl 2007
Nettoinvestition Zugänge Anlagevermögen - Jahresabschreibungen Anlagevermögen - Abgänge Anlagevermögen	5.262.722,31 EUR	23.813.156,15 EUR	12.076.513 EUR
Reinvestitionsquote (Wachstumsquote) Nettoinvestitionen/ Jahresabschreibungen auf Anlagevermögen	9,75 %	4,17 %	21,14%
Ordentliches Jahresergebnis	- 8.890.360,28 EUR	- 323.878 EUR	36.301.905 EUR
Eigenkapitalreichweite Eigenkapital (Basiskapital + Rücklagen+ Ergebnisvortrag Vorjahr + Jahresüberschuss/-Fehlbetrag)/ Negatives Jahresergebnis	116,92	In Folge Jahres- überschuss des Gesamtergebnis- ses in 2008 nicht erreichbar !	In Folge Jahres- überschuss des Gesamtergebnis- ses in 2007 nicht erreichbar !
Steuerquote Steuererträge/ ordentliche Erträge	46,19%	50,13%	48,31%
Personalaufwandsquote (Personalintensität) Personalaufwendungen (incl. Versorgungsaufwendungen)/ ordentliche Aufwendungen *inkl. Rückstellungsaufwendungen	29,07%*	29,32%*	28,84%*
Sach- und Dienstleistungsquote (Sach- und Dienstleistungsintensität) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen/ ordentliche Aufwendungen	12,71%	13,45%	17,74%
Transferaufwandsquote Transferaufwendungen/ ordentliche Aufwendungen **ohne FAG- und Gewerbesteuerumlagen	26,83%**	27,11%**	24,24%**
Dynamische Verschuldungsgrad (Entschul- dungsfähigkeit) Effektivverschuldung bzw. Nettoverschuldung/ Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zahlungsmittelüber- schuss/Zahlungsmittelbedarf)	6,85	1,84	2,26
Nettoneuverschuldung Einzahlungen aus der Kreditaufnahme - Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-15.961.100 EUR	-25.264.032 EUR	-22.776.748 EUR

3 Prognose im Finanzplanungszeitraum

Im Rechenschaftsbericht ist zusätzlich zu berichten über:

- die Entwicklung des Ergebnisses
- die Entwicklung des Eigenkapitals
- die Entwicklung der Verschuldung
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres für das Haushaltsjahr 2008 eingetreten sind, sind nicht bekannt.

Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Karlsruhe zum 31.12.2009

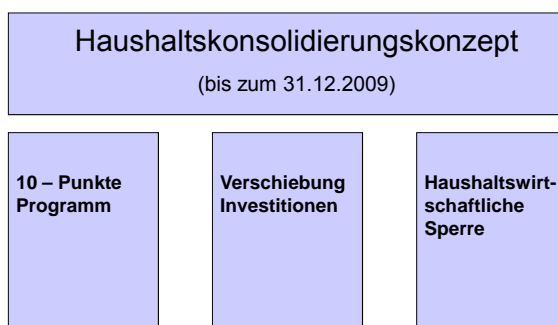
Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat als Genehmigungsbehörde mit Erlass vom 03.07.2009 die Stadt Karlsruhe aufgefordert, bis zum 31.12.2009 ein **Haushaltskonsolidierungskonzept** aufzustellen mit der Zielsetzung, das ordentliche Ergebnis für das Haushaltsjahr 2010 deutlich zu verbessern sowie die Fehlbeträge der Jahre 2011 - 2013 zu vermeiden oder zumindest einschneidend zu reduzieren. Zudem wurden die Verpflichtungsermächtigungen für 2010 in Höhe von rd. 50,0 Mio Euro nicht genehmigt. Auf Basis der dann fortgeschriebenen Finanzplanung wird über die Genehmigungsfähigkeit der Verpflichtungsermächtigungen 2010, die die Haushaltsjahre 2011 ff. in erheblichen Umfang vorbelasten, erneut entschieden werden.

Noch mit Wirkung für das Haushaltsjahr 2009 hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre 2009 in Höhe von rd. 5,0 Mio Euro (Beschluss vom 28.07.2009) reagiert.

Entsprechend der Vorgaben des Regierungspräsidiums hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe in seiner Sitzung am 15.12.2009 unter TOP 2 (Haushaltskonsolidierung Stadt Karlsruhe für Doppelhaushalt 2009/2010 und Finanzplanung 2011 - 2013 : Haushaltskonsolidierung) mit der Thematik befasst und das Haushaltskonsolidierungskonzept zum 31.12.2009 beschlossen.

Unter den Gesichtspunkten kurz- und mittelfristige Umsetzbarkeit, freiwillige und Standards bei Pflichtaufgaben sowie nachhaltige und strukturelle Wirkung wurde hierzu ein Drei-Säulen-Modell entwickelt:

Maßnahmen mit Wirkung ab 2010 ff.



Das 10-Punkte-Programm soll in insgesamt 10 Handlungsfeldern kurz- und mittelfristig wirkende Potentiale eruieren, so bei spielsweise Geschäftsprozesse ganzer Aufgabengebiete untersuchen oder teilhaushaltsübergreifend und konzernweit Standards der Aufgabenerfüllung überprüfen. Darüber hinaus werden alle von den städtischen Dienststellen und Beteiligungen selbst vorgeschlagenen Potentiale, Potentiale aus früheren Struktursitzungen sowie aus Prüfungsbemerkungen aufgegriffen und auf ihre konkrete Umsetzung hin überprüft.

10 - Punkte - Programm

1. **Ganzheitliche Betrachtung einzelner Ämter**
Leistungsfähige Einheiten mit konkurrenzfähigen Leistungen
2. **Analyse großer Ausgabenbereiche**
Überprüfung sämtlicher freiwilliger Leistungen auf Notwendigkeit und Effektivität
3. **Werkstätten**
Reduzierung der Gesamtkosten und Optimierung der Werkstattkonzeption
4. **Einkaufskooperationen**
Reduzierung der Beschaffungs- und Personalressourcen durch Bündelung
5. **Überprüfung von Standards**
Reduzierung der städtischen Aufwendungen durch veränderte Standards
6. **Organisationsuntersuchung Ortsverwaltungen/Stadtamt Durlach**
Effektivere Aufgabenwahrnehmung mit Synergien im Personalbereich
7. **Effektives Investitionscontrolling**
Erstellen einer Richtlinie für Projektsteuerung/Projektcontrolling
8. **Städtische Beteiligungen**
Nachhaltige Beschränkung von Transferleistungen für defizitäre städtische Beteiligungen und Optimierung der Dienstleistungen im Konzern Stadt
9. **Einnahmepotentiale im Ertragshaushalt**
Nachhaltige Stabilisierung der Erträge
10. **Aufgabenkritik; Umsetzung Einsparpotentiale durch städtische Ämter**
Umsetzung der im aufgabenkritischen Prozess erkannten Potenziale

Die Verschiebung von investiven Maßnahmen verbessert die Finanzierung des Finanzhaushaltes insbesondere vor dem Hintergrund der reduziert genehmigten Kreditermächtigungen für die Haushaltsjahre 2009 und 2010. Die Verschiebung bezieht sich nur auf solche Maßnahmen, die noch nicht begonnen worden sind. Somit gilt der Vorrang der bereits begonnenen Maßnahmen. Ebenso ausgenommen von der Verschiebung sind solche Projekte, bei denen ein fixer Fertigstellungszeitpunkt Voraussetzung für eine Bezuschussung von dritter Seite ist (bspw. Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II). Im Haushaltsjahr 2009 werden insgesamt Investitionen in Höhe von rd. 16,0 Mio Euro nach 2010 bzw. 2011 verschoben. Im Haushaltsjahr 2010 werden aufgrund der Verschiebungen aus 2009 Mehrinvestitionen in Höhe von 3,58 Mio Euro getätigt. Insgesamt wird demnach ein Volumen in Höhe von 12,43 Mio Euro aus dem Doppelhaushalt 2009/2010 in zukünftige Jahre verschoben.

Die weitere haushaltswirtschaftliche Sperre 2010 in Höhe von 5,9 Mio Euro vermindert die zu bewirtschafteten Aufwandsposten des Haushaltsjahres 2010 und umfasst somit grundsätzlich sämtliche Auszahlungspositionen, sofern keine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen zur Leistung bestehen. Ausgenommen wurden generell die Transferaufwendungen sowie die Budgets für städtische und private Schulen.

Die durch das Haushaltskonsolidierungskonzept erwarteten und bereits bezifferbaren betragslichen Auswirkungen wurden wie folgt dargestellt:

Maßnahmen Haushaltskonsolidierung	Ergebnis- haushalt 2010 EUR	Ergebnis- haushalt 2011 ff.	Finanzhaushalt 2009 EUR	Finanz- haushalt 2010 EUR
1. Verschiebung von Investitionen	--	--	16.006.127	-3.577.990
2. Haushaltswirtschaftliche Sperre	5.900.000	--	--	--
3. 10-Punkte-Programm				
Handlungsfeld 1-7	*	*		
Handlungsfeld 8				
Konsolidierung Beteiligungen	1.500.000	*		
Immobilien Erlöse	11.200.000	*	*	6.800.000
Handlungsfeld 9	5.795.000	5.995.000		
Handlungsfeld 10**	600.000	300.000		
Sonstige Einnahmeverbesserungen GR in 2009 (bspw. Erhöhung Zooentgelte etc.)	504.000	504.000		
Gesamtverbesserungen	25.499.000	6.799.000	16.006.127	3.222.010

* noch nicht bezifferbar

** Aufwandsreduzierung geschätzt

Mit Schreiben vom 27.01.2010 hält das Regierungspräsidium Karlsruhe fest, dass

- die haushaltswirtschaftliche Sperre 2010 sowie die Erhöhung der Vergütungs- und Hundesteuer Ergebnisverbesserungen bringen
- die Verschiebung investiver Maßnahmen den Finanzierungsbedarf im Finanzhaushalt reduzieren wird
- sich durch die einzelnen Maßnahmen des 10-Punkte-Programms nachhaltige strukturelle Verbesserungen auf der Aufwandsseite erzielen lassen
- sich die Ergebnisse im Finanzplanungszeitraum aufgrund der fortgeschriebenen Plandaten vom April 2009 nochmals dramatisch zu verschlechtern drohen.

Die Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen konnte daher unter dem Vorbehalt lediglich zur Aussicht gestellt werden, dass der Gemeinderat im Zuge der anstehenden Nachtragshaushaltssatzung weitere, wesentliche Konsolidierungsbeschlüsse - insbesondere zur Verbesserung der Ertragsseite - fassen wird.

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat in seiner Sitzung am 30.03.2010 die 1. Nachtragssatzung 2010 - Fortschreibung und Verabschiedung der Haushaltssatzung - beschlossen, die u. a. eine Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B von jeweils 370 v. H. auf 420 v. H. vorsieht, woraus jährlich rund 5,0 Mio Euro Mehrerträge resultieren.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe bestätigt als Reaktion hierauf mit Schreiben vom 06.04.2010 die Gesetzmäßigkeit der 1. Nachtragssatzung 2010 und genehmigt nunmehr den vom Gemeinderat der Stadt Karlsruhe am 28.04.2009 in der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für 2010.

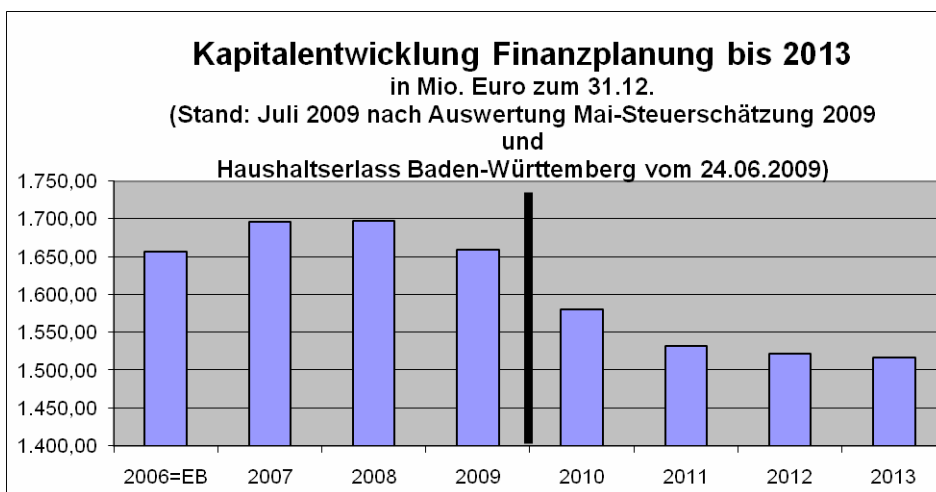
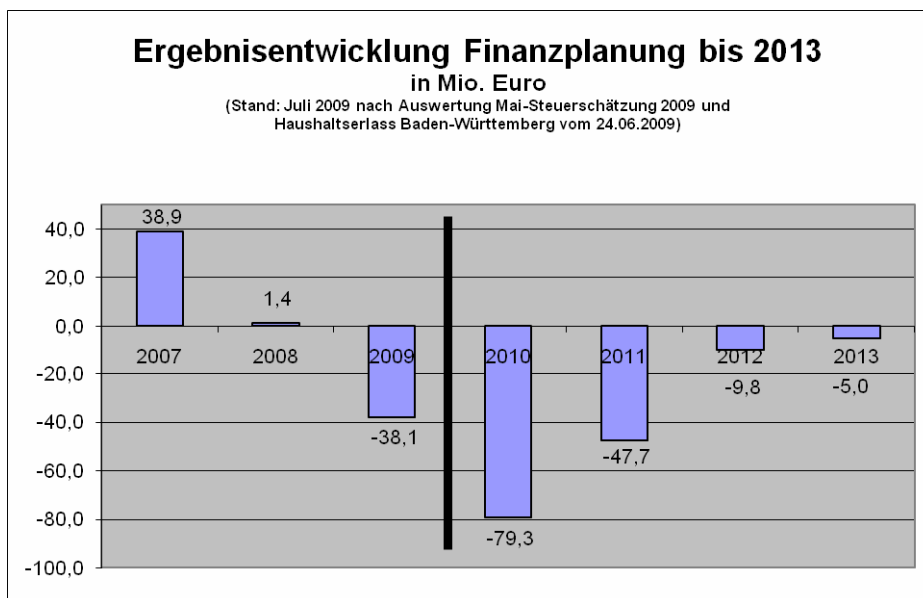
Im Hinblick auf die Gesetzmäßigkeit des Doppelhaushaltes 2011/2012 sind in Fortführung des begonnenen Konsolidierungsprozesses weitere Maßnahmen notwendig. Nach derzeitiger Plandatenvorschau zeigt sich jeweils für 2011 bzw. 2012 ein deutlicher zweistelliger Millionenfehlbetrag. Hierzu bedarf es weiterer konzeptioneller Konsolidierungsmaßnahmen.

Entwicklung des Ergebnisses und des Kapitals

Der Kapitalausstattung im NKHR kommt eine besondere Bedeutung zu, da sich der Saldo der Ergebnisrechnung (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) auf das Kapital auswirkt. Die Entwicklung des Kapitals liefert Hinweise auf die Stabilität der Haushaltswirtschaft und ist ein Kriterium für den Haushaltsausgleich. Im Jahr 2009 war der Haushalt durch den resultierenden Jahresfehlbetrag nicht ausgeglichen. Auch die nachfolgenden Jahre werden aus heutiger Sicht mit Jahresfehlbeträgen abschließen und damit kontinuierlich die Kapitalposition der Stadt Karlsruhe reduzieren.

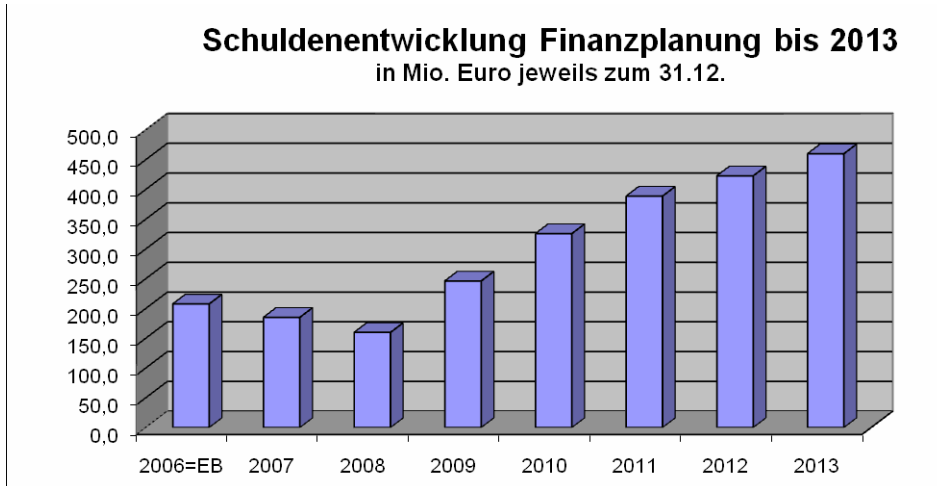
Zudem ist in die Kapitalentwicklung noch nicht der Korrekturbedarf eingearbeitet, der aufgrund von Rechtsänderungen und/oder Prüfungsfeststellungen entsteht.

Folgende Grafiken stellen die durch die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sowie durch die Auswertung der Mai-Steuerschätzung 2010 aktualisierte Ergebnisentwicklung und Kapitalentwicklung bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2013 dar:



Entwicklung der Schulden

Die Einzahlungen der Stadt Karlsruhe werden ab 2010 ff. nicht ausreichen, um die Auszahlungen zur Aufgabenerfüllung decken zu können. Demnach steigt nach heutiger Einschätzung die Verschuldung bis Ende des Finanzplanungszeitraums wie folgt an:



Positive Entwicklungen und mögliche Risiken

Die kommunale Haushaltswirtschaft ist in starkem Maße von externen Einflussgrößen, insbesondere durch lokale sozioökonomische Bedingungen, durch konjunkturelle Entwicklungen und durch staatliche Eingriffe beeinflusst. Die kommunale Einflussnahme ist hierbei nur in Teilen gegeben. Daher ist kommunales Handeln so auszurichten, dass alle Entscheidungen mit strukturellen Folgekosten (Betriebskosten bzw. Finanzierung und Werteverzehr aus Investitionen), durch langfristig erzielbare Einnahmepotentiale oder durch strukturelle Aufwandsreduzierungen ausgeglichen werden.

Als wesentliche Risiken sind im kommunalen Handlungsfeld der Stadt Karlsruhe zu nennen:

1. **Steuer- und Zuweisungsausfall**

Gewerbsteuer, Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie Zuweisungen kommunaler Finanzausgleich entsprechen rd. 60 % der städtischen ordentlichen Erträge.

2. **Anstieg der Sozialleistungen**

Entwicklung der Sozialleistungen insbesondere für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, für Arbeitslosengeld II sowie für Hartz IV ist gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten schwierig zu prognostizieren. Die Aufwendungen des Teilhaushalts 5000 (Soziales) liegen bei rd. 32 % der Aufwendungen des Gesamthaushalts.

3. **Steigende Personallasten**

Die Personalaufwendungen werden im Besonderen durch die Neuschaffung von Personalstellen, durch die allgemeinen Tarifanpassungen sowie durch strukturelle und persönliche Änderungen beeinflusst. Die Gesamtaufwendungen für städtisches Personal entsprechen rd. 26 % der städtischen ordentlichen Aufwendungen.

4. **Ergebnisrisiko städtischer Beteiligungen**

Die insgesamt 38 direkten städtischen Beteiligungen übersteigen das entsprechende Volumen des Kämmereihaushaltes in der Zahl der Beschäftigten, in der Summe der Bruttoinvestitionen und in der Gesamtsumme der äußeren Verschuldung. Für sämtliche Beteiligungen übernimmt die Stadt Karlsruhe das Risiko der wirtschaftlichen Ergebnisentwicklung.

5. **Steigende Unterhaltungslasten der öffentlichen Infrastruktur**

Die durch die Kommunen geschaffene Infrastruktur im Hoch- und Tiefbau muss mit erheblichen Mitteln erhalten bzw. nach modernsten energetischen Kriterien saniert werden. Zu dem belasten nicht kostendeckende Einrichtungen zunehmend die kommunalen Haushalte.

6. **Finanzielle Lasten durch Aufgabenzuweisung von Bund und Land**

Den Kommunen werden per Weisung/Gesetz von Bund und Land zunehmend Lasten zur Erfüllung auferlegt, deren Finanzierung allerdings nicht kostenneutral erfolgt und somit die kommunalen Haushalte zunehmend belasten.